

26 BRICS-Erweiterungen

Die BRICS-Organisation ist deutlich gewachsen und hat an politischer Bedeutung gewonnen. Sie wurde 2009 von Brasilien, Russland, Indien und China gegründet. 2010 kam Südafrika hinzu. 2024 folgten vier weitere Staaten: Ägypten, Äthiopien, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate. Anfang dieses Jahres wurde Indonesien das zehnte Vollmitglied. Im Rahmen des letzten BRICS-Summits 2024 in Kazan, Russland, wurde zudem die neue Kategorie einer BRICS-Partnerschaft geschaffen.

Brasilien, das in diesem Jahr die Präsidentschaft innehat, verkündete, dass zum 1. Januar 2025 insgesamt neun Länder den Status BRICS-Partner erhalten und über 30 weitere Länder ihr Interesse bekundet hätten, als Mitglieder oder Partner zu kooperieren (→ Presidência da República Brasil 2025).

4

123

Die Polarisierung führt bislang nicht zu kohärenten Blöcken. Zugleich lässt sich auch nur ein kleiner Teil der 193 Staaten überhaupt diesen Polen zuordnen, und der rasante Verfall der transatlantischen Partnerschaft unter der erneuten Präsidentschaft Trumps fördert die Multipolarisierung. Auch die BRICS sind kein Nukleus eines antiwestlichen Blocks, sie sind nicht eindeutig zuzuordnen und repräsentieren teils sehr unterschiedliche Positionen und Ansprüche auf Mitgestaltung der Weltordnung. Sie bieten, wie im Folgenden dargestellt wird, Anknüpfungspunkte für eine polarisierungsdämpfende Politik in den Weltregionen.

BRICS: Eine Kooperationsplattform für Länder des Globalen Südens, aber kein antiwestlicher Block

4.3 ✓ Die Weltregionen: Bewegung eine Richtung geben

Asien gilt als bevölkerungsreichste und wirtschaftlich dynamischste Region sowie als zentraler Austragungsort für den Wettbewerb um die Zukunft der Weltordnung. Es beherbergt mit China nicht nur den wichtigsten Herausforderer der USA, sondern eine Reihe weiterer Staaten, die Ansprüche auf die Mitgestaltung einer zukünftigen Ordnung erheben.

Zugleich ist Asien von geopolitischen Verwerfungen gekennzeichnet. Konflikte bestehen zwischen Staaten, die entweder mehr Kooperation mit dem politischen Westen suchen oder diese ablehnen. Besonders konfliktanfällig sind das geteilte Korea, aber auch Chinas Ansprüche auf eine Wiedervereinigung mit Taiwan und die Inbesitznahme maritimer Territorien im Ost- und Südchinesischen Meer. Als Reaktion auf Chinas expansive Politik haben die betroffenen Staaten im vergangenen Jahrzehnt ihre sicherheitspolitische Kooperation mit den USA verstärkt. Die entstehenden Frontlinien verlaufen oft quer zu Regimeunterschieden oder institutionellen Gruppierungen.

Dies zeigt der Vergleich der beiden großen asiatischen BRICS-Staaten: China verfolgt eine ambitionierte Politik, den eigenen Einfluss im Globalen Süden zu vergrößern – durch wirtschaftliche Kooperation und durch eine normative Agenda, die die Souveränität und die Existenzberechtigung nichtdemokratischer Regime betont.

Indien hingegen verfolgt trotz seiner machtpolitischen Rivalität mit China und seiner demokratischen Verfassung eine ähnliche Agenda, wenn es um die Entwicklung der BRICS-Gruppe geht. In Delhi wie auch in Peking ist jedoch kaum Motivation zu einer Blockbildung erkennbar. Vielmehr verfolgen beide Regierungen eine eigenständige Großmachtpolitik, die den eigenen Sicherheitsinteressen dient.

China und Indien
verfolgen jeweils
eigenständige
Großmachtpolitik

Der Aufstieg Chinas hat seinen demokratischen Nachbarn einen klaren Impuls zu einer engeren Anlehnung an die USA und den politischen Westen sowie dessen liberal-demokratischen Agenda gegeben. Das gilt insbesondere für Taiwan, aber auch für Japan und Südkorea (→ Ha 2023).

Das US-amerikanisch-chinesische Ringen um Einfluss schlägt sich vor allem in Südostasien nieder, wo kleinere Staaten wie Vietnam, Thailand oder die Philippinen sowohl enge wirtschaftliche Kontakte mit China als auch sicherheitspolitische Kooperation mit den USA unterhalten. Sie haben kein Interesse, in eine Blockkonfrontation verwickelt zu werden. Stattdessen soll ihre Eigenständigkeit durch eine Diversifizierung von Anlehnungsoptionen und Partnerschaften verteidigt werden (multi-alignment) – auch und gerade mit der EU, deren Eintreten für eine regelbasierte Ordnung anerkannt wird (→ ISEAS 2024). Die Heterogenität Asiens ist im Stimmverhalten zu Resolutionen der VN-Generalversammlung ersichtlich, wie etwa im Fall der Verurteilung von Russlands Invasion in der Ukraine (ES-11/1). Nur Nordkorea stimmte mit Nein; Staaten wie China, Indien oder Vietnam, die enge Beziehungen zu Russland, aber auch umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen zum politischen Westen unterhalten, enthielten sich. Mit „Ja“ stimmten hingegen die zahlreichen US-Alliierten in der Region, aber auch weitere Staaten der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations). Bei der Resolution ES-10/21 zu einem sofortigen Waffenstillstand in Gaza enthielten sich hingegen die engsten US-Alliierten Japan, Südkorea und die Philippinen sowie Indien; der Rest der Region trug sie überwiegend mit.

Wie sich die Staaten Asiens auch positionieren, ein Faktor eint sie: ein übergeordnetes Interesse an wirtschaftlicher Entwicklung und Stabilität. Darin bieten sich vielfältige Anknüpfungspunkte für Europa. Besonders die ASEAN-Staaten sind zunehmend wichtige Partner für die Diversifizierung des europäischen Außenhandels. Die seit 2009 pausierten Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen sollten wieder aufgenommen und die Förderung der nötigen Konnektivitäts-Infrastruktur zur strategischen Priorität des Infrastrukturinvestitionsprogramms (Global-Gateway-Programm) der EU gemacht werden. Mit ASEAN besteht auch ein gemeinsames Interesse an einer regelbasierten Weltordnung, die den Wettstreit der Großmächte einhegt. Dieses Kooperationspotenzial wird leider nicht immer genutzt, auch weil von europäischer Seite weitergehende Erkenntnisse zu liberaldemokratischen Normen verlangt werden.

Asiatische Staaten:
politisch uneinig, aber
interessiert an
ökonomischer Entwicklung
und Stabilität

Lateinamerika ist nicht nur geographisch Teil des Westens. Es wird auch politisch häufig dem erweiterten Westen zugeschlagen. Aus Sicht der USA gilt Lateinamerika bis heute als privilegierte Einflussosphäre, in der externe Mächte gemäß der Monroe-Doktrin von 1823 nichts zu suchen haben. Wie die USA betonen auch die EU und Deutschland die „gemeinsamen Werte“: Im Unterschied zu anderen Regionen des Globalen Südens ist Lateinamerika seit Jahrzehnten fast durchweg demokratisch verfasst. Dies schlägt sich auch in internationalen Institutionen nieder. Nicht nur sind die Länder Lateinamerikas gemeinsam mit den USA und Kanada Mitglieder der Organisation Amerikanischer Staaten OAS, auch gehören mit Chile, Costa Rica, Kolumbien und Mexiko vier Länder der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit, OECD, an, drei weitere (Argentinien, Brasilien, Peru) sind Beitrittskandidaten. Argentinien, Brasilien und Kolumbien gelten den USA zudem als „major non-NATO allies“ – als wichtigste Bündnispartner außerhalb der NATO.

Aus Sicht Lateinamerikas sind die Beziehungen zu Europa und vor allem zu den USA hingegen ambivalent. Sowohl die hegemonialen Ansprüche der USA als auch die lange Geschichte von US-Interventionen haben ein starkes Autonomiestreben erzeugt. Dies hat sich einerseits in verstärkten Bemühungen um regionale Kooperation ohne US-Beteiligung niedergeschlagen – etwa im Rahmen der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) sowie der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR). Andererseits hat die breitere Süd-Süd-Kooperation deutlich zugenommen, insbesondere mit China. Argentinien, Brasilien, Chile, Ecuador, Mexiko, Peru und Venezuela haben mit China eine „comprehensive strategic partnership“ abgeschlossen. Chile, Costa Rica, Ecuador, Nicaragua und Peru haben Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik (→ Roy 2025). Für Brasilien sind die BRICS ein bedeutsames Format der Süd-Süd-Kooperation, das zuletzt allerdings für Kontroversen in der Region gesorgt hat. So hat Argentinien unter seinem dezidiert pro-US-amerikanischen Präsidenten Javier Milei die Einladung zur Mitgliedschaft in der BRICS ausgeschlagen. Gleichzeitig hat Brasilien die geplante Assoziierung Venezuelas in Reaktion auf die allzu offensichtlich gefälschte Wiederwahl von Nicolás Maduro verhindert.

Globale Polarisierung stellt sich in Lateinamerika primär als Großmachtrivalität zwischen den USA und China dar. Bei allen Differenzen dominiert der Versuch, sich der Blockbildung zu entziehen und möglichst gute Beziehungen zu beiden Seiten zu pflegen. Diese Strategie wird in der Region als neues, „aktives“ non-alignment diskutiert, als Ablehnung einseitiger Anlehnung an eine der Großmächte (→ Fortin/Heine/Ominami 2023).

Staaten Lateinamerikas versuchen sich der Blockbildung zwischen China und den USA zu entziehen

Zugleich geht es insbesondere Brasilien um die aktive Gestaltung der multipolaren Weltordnung, die für Lateinamerika einen Abbau asymmetrischer Abhängigkeiten und einen Zuwachs an Handlungsspielräumen verspricht. Non-alignment bedeutet nicht Neutralität, sondern zielt auf ein internationales Engagement mit unabhängiger Agenda – allerdings in der Regel eher gemäß nationaler Prioritäten als im Sinne eines kollektiven Handelns Lateinamerikas. Dies hat sich auch in den globalen Kontroversen über den

russischen Krieg in der Ukraine und den israelischen Krieg in Gaza niedergeschlagen. In beiden Fällen hat sich die Region uneinheitlich positioniert, dennoch sind dominante Trends erkennbar. So überwog die Ablehnung des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands, bei deutlich ausgeprägter Distanz zur US-amerikanischen und europäischen Strategie der umfassenden Sanktionierung und massiven militärischen Unterstützung der Ukraine. Während die meisten Regierungen den terroristischen Angriff der Hamas scharf verurteilten, positionierten sie sich deutlich kritischer gegenüber Israel und seiner Kriegsführung in Gaza als die USA oder die EU.

Mit der Rückkehr Trumps ins Weiße Haus wird diese Strategie des aktiven non-alignments einerseits riskanter. So drohen allen, die den USA die Gefolgschaft verweigern, drastische Gegenmaßnahmen. Andererseits unterminiert die neue Trump-Regierung die ohnehin prekäre Glaubwürdigkeit der USA als verlässlicher Partner Lateinamerikas und unterstreicht so die Bedeutung möglichst diversifizierter Außenbeziehungen. Das traditionell ausgeprägte Interesse lateinamerikanischer Regierungen an einer auf Kooperation und Frieden ausgerichteten internationalen Politik dürfte in diesem Zusammenhang nur weiter ansteigen. Allerdings nimmt zugleich auch das Misstrauen gegenüber der Fähigkeit multilateraler Institutionen, Normen durchzusetzen, zu.

Afrika Die afrikanischen Staaten müssen seit ihrer Unabhängigkeit in einer Weltordnung zurechtkommen, in der sie ökonomisch benachteiligt sind und die von wechselnden Großmächten bestimmt wird. Die Unterstützung für verlässliche internationale Regelwerke, die geteilte Werte und Güter absichern, ist deshalb aus afrikanischer Perspektive kein „nice to have“, sondern eine Überlebensstrategie.

Die aktuellen machtpolitischen Verschiebungen betreffen Afrika in drei Dimensionen. Erstens lässt sich ein zunehmender Wettbewerb zwischen den USA und dem politischen Westen einerseits und China und Russland andererseits beobachten. Das zeigt sich etwa an konkurrierender Infrastruktur- und Investitionspolitik der EU (Global Gateway Initiative) und Chinas (BRI), aber auch an einer zunehmend auf Konkurrenz ausgerichteten Rhetorik. Gleichzeitig haben China und Russland ihre militärische Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent ausgebaut, etwa durch neue Militärbasen, Sicherheitsabkommen und Waffenexporte (→ Ferragamo 2023). In den meisten Fällen geht der Ausbau militärischer Präsenz mit einem Zugang zu zentralen Ressourcen einher (etwa Gold in Mali und der Zentralafrikanischen Republik). Aus afrikanischer Perspektive hat die Situation konkurrierender Angebote auch Vorteile: Sie eröffnet Handlungsmacht, die Blöcke gegeneinander auszuspielen und zum eigenen Vorteil wechselnde Allianzen einzugehen.

Zweitens sind die afrikanischen Staaten negativ von der Erosion internationaler Normen und Institutionen betroffen. Die Blockade des VN-Sicherheitsrats hat Konsequenzen für eine Vielzahl von Gewaltkonflikten auf dem Kontinent, denen die VN tatenlos zusehen muss, ebenso wie für die finanzielle Unterstützung afrikanischer Friedensinitiativen.

Afrikanische Staaten unterstützen die regelbasierte Ordnung – sie soll jedoch auch die westlichen Staaten binden

Der Wegfall von 18 % des WHO-Budgets durch den Austritt der USA wird massive Auswirkungen auf die Gesundheitspolitik und den Zugang zu medizinischer Versorgung in den afrikanischen Staaten haben. Die Krise internationaler Rüstungskontrolle ist ein zentraler Treiber für den aktuell blutigsten Krieg auf dem Kontinent im Sudan → 1. Die Erosion internationaler Souveränitätsprinzipien bedeutet, dass Ruanda ohne Druck aus dem Westen einen Rache- und Eroberungskrieg im Ostkongo führen kann.

Aus afrikanischer Perspektive ist eine regelbasierte, auf geteilten Werten aufbauende Ordnung eine wichtige Errungenschaft. Sie verspricht sowohl eine Absicherung vor einseitiger Abhängigkeit als auch Verlässlichkeit. Eine Mehrheit der afrikanischen Staaten hat deshalb auch Russlands Angriff auf die Ukraine verurteilt (→ Götz et al. 2023). Doch muss diese Ordnung aus afrikanischer Sicht auch mächtige Staaten und namentlich den politischen Westen binden. Im Zuge der Verurteilung des russischen Angriffskriegs haben deshalb viele afrikanische Staaten Doppelmoral und Widersprüche innerhalb der westlichen Ordnungspolitik der letzten Dekaden angeprangert – beispielsweise im Hinblick auf die NATO-Intervention in Libyen. Im israelisch-palästinensischen Konflikt unterstützen die meisten afrikanischen Staaten die palästinensische Seite, obwohl einige, darunter Ghana und Kenia, zuletzt ihre guten Beziehungen zu Israel ausgeweitet haben. Auf dem AU-Gipfel im Februar 2024 verurteilten die afrikanischen Staats- und Regierungschefs die israelische Offensive in Gaza und unterstützten die Klage Südafrikas gegen Israel vor dem IGH.

Drittens fördern die aktuellen machtpolitischen Verschiebungen Konfliktlinien innerhalb der Region. Die Putsche der letzten Jahre, vor allem in Westafrika, haben dazu geführt, dass sich Militärregierungen – auch mithilfe russischer Sicherheitskooperation – an der Macht festsetzen und demokratische Standards erodieren. Das hat negative Auswirkungen für afrikanische Regionalorganisationen wie die AU, deren Handlungsmacht durch die Autokratisierung ihrer Mitglieder zunehmend schwindet. Dabei wären gerade sie wichtig, um gemeinsame afrikanische Positionen zu formulieren und zur Neugestaltung einer regelbasierten internationalen Ordnung beizutragen.

In dieser Situation kommt es für die meisten afrikanischen Staaten nicht in Frage, sich an eine der Großmächte anzulehnen. Denn der Großteil von ihnen kann es sich nicht leisten, nur eine Seite zu wählen. Dass non-alignment ein Imperativ der Abhängigkeit ist, wird im politischen Westen nur selten erkannt. Andere Staaten, darunter auch die Militärregierungen von Mali oder dem Tschad, wählen eher die Strategie des multi-alignment, indem sie offen ihre Partnerschaft mit Russland zelebrieren, sich gleichzeitig aber Kooperationen mit dem Westen offenhalten. Die Betonung von Souveränität und die Ablehnung externer Bevormundung wird auch von bisher wichtigen Partnern des Westens wie dem Senegal verfolgt. Statt dies als Ausdruck russischer Einflussnahme und Desinformationspolitik zu deuten, sollte es als Potenzial afrikanischer Staaten gelesen werden, eine strategischere und gestaltende Rolle einzunehmen.

Westasien und Nordafrika (WANA) umfassen eine Gruppe von Ländern, die aufgrund der geopolitischen und -ökonomischen Bedeutung der Region über Jahrhunderte hinweg Großmachtpolitik und -wettbewerb ausgesetzt waren. Die Regionalmächte sehen den gegenwärtigen Wettbewerb der Großmächte vor allem als Chance, den eigenen Handlungsspielraum zu vergrößern. Konkret zeigen sich zwei Tendenzen: Die Anlehnung an konkrete Großmächte, aber auch das Offenhalten von Optionen (alignment und multialignment). Ersteres findet sich beim Iran und dessen Alliierten (Hizbollah im Libanon, Syrien bis zum Sturz des Assad-Regimes, Houthis im Jemen). Sie suchen den Schulterschluss mit Russland und China, was vor allem durch ökonomische Interessen, u. a. im Bereich Energie, sowie durch das Umgehen von internationalen Sanktionsregimen motiviert ist. Das zweite Lager (Marokko, Algerien, Ägypten sowie die Golf-Monarchien Saudi-Arabien, VAE und Katar) zielt auf multialignment, um die eigene strategische Autonomie zu vergrößern und wahlweise mit dem westlichen Lager oder mit China und Russland zu kooperieren. Außenpolitik dient dabei vorwiegend dem Erhalt des eigenen politischen Regimes. Die regelbasierte Ordnung spielt ebenso wenig eine Rolle wie Regionalorganisationen, die entweder wenig Bedeutung haben (Arabische Liga) oder den Interessen einer Regionalmacht dienen (Golfkooperationsrat).

In Westasien und Nordafrika suchen manche Regierungen den Schulterschluss mit Russland und China, andere wollen sich verschiedene Möglichkeiten offenhalten

Diese Trends, alignment und multialignment, sind vor dem Hintergrund einer doppelten regionalen Polarisierung in den 2010er Jahren zu verstehen, die sich um Macht und Einfluss in der Region sowie um die innerstaatliche Ordnung in WANA-Ländern entwickelte. Zu Beginn der 2020er Jahre setzte Entspannungspolitik ein, unter anderem durch die von China vermittelte Annäherung zwischen Saudi-Arabien und Iran im Jahr 2023. Saudi-Arabien und VAE ermöglichte dies, die Priorität auf wirtschaftliche Entwicklung zu legen mit dem Ziel, in einer zunehmend multipolaren Welt ein Zentrum zwischen Asien sowie Europa und den USA zu werden. Während bereits unter Trump 1 die Rivalität mit China stark zunahm und Europa im Zuge des Ukraine-Kriegs drängte, sich gegen Russland zusammenzuschließen, ließen sich WANA-Länder nicht in das westliche Lager ziehen. Zwar unterstützten sie die VN-Resolutionen der Generalversammlung 2022 und 2023, die Russlands Krieg gegen die Ukraine verurteilten, schlossen sich wirtschaftlichen Sanktionen aber nicht an.

Eine Zäsur könnte zukünftig der Israel-Gaza-Krieg werden → **Friedensgutachten 2024 | F.** Erstens haben die USA und zahlreiche europäische Länder durch die als einseitig pro-israelisch wahrgenommene Haltung in den Augen der breiten Bevölkerung der WANA-Region jegliche Glaubwürdigkeit als Vertreter einer regelbasierten Ordnung verspielt. Auf Seiten der Staatsführungen hat dies bislang zu keinen signifikanten Änderungen ihrer Außenpolitik geführt. Die Abraham-Abkommen bestehen fort, nur die Normalisierungsbestrebungen zwischen Saudi-Arabien und Israel werden so bald wahrscheinlich keine vertragliche Gestalt annehmen. Zweitens hat China gezeigt, dass es trotz immer stärkerer wirtschaftlicher Vernetzung weiterhin keine aktive politische Rolle in der Region spielen möchte. Drittens haben die dramatischen Verluste der mit dem Iran alliierten Gruppen und Staaten dazu geführt, dass Russland das Assad-Regime fallen ließ.

Dadurch hat Russland nun geopolitisch Probleme, seinen Zugang zum Mittelmeer und seine „Strahlkraft“ als vertrauensvoller Unterstützer von Autokratien zu wahren.

Kurz: Die politische Anziehungskraft beider Pole ist gering, die wirtschaftliche dagegen in beide Richtungen sehr ausgeprägt. Auch in den für die EU zentralen Bereichen Migrationskontrolle und (grüne und fossile) Energielieferungen kooperieren WANA-Länder gern, um die eigene strategische Position zu verbessern, Ressourcen zu generieren, und damit ihre politischen Regime zu stabilisieren. Negative Auswirkungen der Kooperation bei der Migrationskontrolle sowie Konfliktpotenziale einer auf Export ausgerichteten grünen Energiewirtschaft werden wenig bis gar nicht bearbeitet (→ Weipert-Fenner 2025).

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Weltordnung ist in Bewegung, aber die Richtung ist offen. Die Pole sind bislang kaum handlungsfähig. Das gilt für den Pol um China und Russland, in dem eher opportunitätsgetrieben zusammengearbeitet wird, ebenso wie für den politischen Westen, der, abgesehen von der Unterstützung der Ukraine, wenig Konsens demonstrierte; und selbst das ist passé. Die neue US-Regierung zeigt kein Interesse an der regelbasierten Weltordnung. Zugleich droht sie den eigenen Bündnispartnern, wie z. B. Kanada, Dänemark und zuletzt der Ukraine. Diese Drohungen werden insbesondere bei kleineren Staaten dazu führen, dass sie sich den USA anschließen, um Kosten zu vermeiden; sie erhöhen zugleich die Motivation, sich von den USA zu emanzipieren. China steht hierfür mehr als bereitwillig zur Verfügung.

Emanzipation ist auch das Stichwort für Europa und Deutschland. Daraus folgt kein Alleingang, sondern ein Ansatz, Unterstützer:innen zu finden, mit denen man der Polarisierung etwas entgegensetzen und die internationalen Regelwerke stützen kann.

Dieser Ansatz kann auf breiten Rückhalt in den Weltregionen setzen. Zentral dafür ist dreierlei. Erstens müssen die Interessen der jeweiligen Regionen beziehungsweise der Staaten in ihnen stärker berücksichtigt werden, das heißt, Europa und Deutschland müssen Zugeständnisse machen. Asien ist offen für eine regelbasierte Ordnung, aber nicht für deren liberal-demokratische Ausprägung. Afrika erwartet eine glaubwürdige Selbstbindung an Regeln und Institutionen als Basis gemeinsamer Kooperation. Lateinamerikanische Partner:innen mögen Deutschland und Europa in Wertefragen näherstehen, auch sie halten aber wenig von Belehrungen und Doppelstandards. Auch Auswüchse wie die Zurückweisung der Legitimität internationaler Gerichtshöfe in der Befassung mit Israel-Palästina durch einige Staaten des Westens müssen gestoppt werden. Zweitens erwarten alle Regionen gleichberechtigte Mitsprache in internationalen Institutionen und Fairness im Handel und in der Regulierung, mithin die Bereitschaft, unfaire Handelspraktiken und -regeln, etwa im Bereich der Standardsetzung, abzustellen. Fairen Handel, der auch die Chance auf nachhaltige Entwicklung beinhaltet, gilt es insbesondere bei grüner Energie zu berücksichtigen:

Partnerschaften rund um grünen Wasserstoff, die Deutschland in verschiedenen Weltregionen abschließt, sehen sich in ihrer aktuellen Form teils dem Vorwurf des Neokolonialismus ausgesetzt und bergen zahlreiche Konfliktpotenziale. Drittens müssen sich Deutschland und Europa deutlicher als bisher als Alternative zu den USA auf der einen und zu China/Russland auf der anderen Seite positionieren – als Pol der regelbasierten Ordnung. Dabei geht es nicht um Äquidistanz. Europa steht für eine menschenrechtsbasierte, liberaldemokratische Ordnung. Für die globale Ebene kann das Ziel aber nur darin bestehen, eine Strategie des dünnen Multilateralismus zu entwickeln, der Kernregeln und Institutionen bewahren oder reformieren kann, während anspruchsvollere Regeln und Werte nurmehr für jene Staaten und Regionen gelten, die sich an sie binden wollen. Das bedeutet nicht, sie aufzugeben, aber die Kooperation mit anderen nicht an die Einhaltung dieser Werte zu binden.

Statt weiterhin auf einen permanenten Sitz im VN-Sicherheitsrat zu drängen, könnte Deutschland sich für eine Wiederbelebung des ‚United for Peace‘-Ansatzes stark machen, um die Wirkmacht der Generalversammlung der VN gegenüber dem Sicherheitsrat zu erhöhen.

Um das zu erreichen, müssen die Weltregionen differenziert betrachtet werden. Die Länder des Globalen Südens wissen um ihren gewachsenen Einfluss und sind willens, die unterschiedlichen Blöcke auch opportunistisch gegeneinander auszuspielen. In dieser eher multi- als bipolaren Welt wird Bündnis- und Ordnungspolitik anspruchsvoller, weil sie mit mehr Unübersichtlichkeit und wechselnden Opportunitäten rechnen muss: Gefragt sind nicht die großen Würfe, sondern das beharrliche Bemühen um themenspezifische Allianzen und die Aufrechterhaltung basaler internationaler Regeln im Interesse einer absehbar prekären Friedensordnung.

Autor:innen

Dr. Pascal Abb

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Felix Bethke (Koordination)

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff (Koordination)

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Jonas Driedger

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Sascha Hach

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Ivan Kharitonov

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Stefan Kroll

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Dirk Peters

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Mikhail Polianskii

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Irene Weipert-Fenner

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Antonia Witt

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Jonas Wolff

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Quellenverzeichnis

- Abb, Pascal/Polianskii, Mikhail* 2023: With Friends Like These: The Sino-Russian Partnership Is Based on Interests, Not Ideology, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung 11: 2, 243–254.
- Europäische Kommission* 2019: EU-China – Strategische Perspektiven, JOIN (2019) 5 final, in: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:52019JC0005>; 28.03.2025.
- Ferragamo, Mariel* 2023: Russia's Growing Footprint in Africa, in: <https://www.cfr.org/backgrounder/russias-growing-footprint-africa>; 25.04.2024.
- Fortin, Carlos/Heine, Jorge/Ominami, Carlos (Hrsg.)* 2023: Latin American Foreign Policies and the New World Order: The Active Non-Alignment Option, London.
- Götz, Elias/Kaas, Jonas Gejl/Knudsen, Kevin Patrick* 2023: How African States Voted on Russia's War in Ukraine at the United Nations – And What It Means for the West, in: <https://www.diis.dk/en/research/how-african-states-voted-on-russias-war-in-ukraine-the-united-nations-and-what-it-means>; 25.04.2024.
- Ha, Chae Kyoun* 2023: South Korea's Value Diplomacy, in: Search of a Global Pivotal Role. Royal United Services Institute, 22.06.2023.
- Hartmann, Jannik* 2024: Russia's Axis of Autocrats, in: Internationale Politik Quarterly, 11.12.2024, in: <https://ip-quarterly.com/en/russias-axis-autocrats>; 28.03.2025.
- ISEAS – Yusof Ishak Institute* 2024: The State of Southeast Asia: 2024 Survey Report, in: <https://www.iseas.edu.sg/wp-content/uploads/2024/03/The-State-of-SEA-2024.pdf>; 28.03.2025.
- Leykin, Sara* 2024: Strategic Caution and Multi-Alignment: BRICS and the Middle East at War. Italian Institute for International Political Studies, 24.10.2024, in: <https://www.ispionline.it/en/publication/strategic-caution-and-multi-alignment-brics-and-the-middle-east-at-war-188231>; 28.03.2025.
- Naß, Matthias* 2022: Krieg gegen die Ukraine; Die Torheit des Wladimir Putin, in: ZEIT online, 08.06.2022, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-06/krieg-ukraine-wladimir-putin-russland>; 21.04.2025.
- Presidência da República Brasil* 2025: Nine Nations Announced as BRICS “Partner Countries”, in: <https://www.gov.br/planalto/en/international-agenda/brics/nine-nations-announced-as-brics-2018partner-countries2019>; 28.03.2025.
- Roy, Diana* 2025: China's Growing Influence in Latin America. Council on Foreign Relations, 10.01.2025, in: <https://www.cfr.org/backgrounder/china-influence-latin-america-argentina-brazil-venezuela-security-energy-bri>; 28.03.2025.
- Sher, Nathaniel* 2024: Behind the Scenes: China's Increasing Role in Russia's Defense Industry, in: Carnegie Politika, 06.05.2024, in: <https://carnegieendowment.org/russia-eurasia/politika/2024/05/behind-the-scenes-chinas-increasing-role-in-russias-defense-industry?lang=en>; 21.04.2025.
- Weipert-Fenner, Irene* 2025: Green Hydrogen Production in Tunisia. Towards a Comprehensive Conflict Analysis, PRIF Report, 02/2025.

Abbildungen / Grafiken / Tabellen

22 /117

Anteil der Vertragsstaaten, die ihren Berichtspflichten nachkommen
World Trade Organization: Committee on Subsidies and Countervailing Measures - Notification Provisions under the Agreement on Subsidies and Countervailing Measures – Background note by the Secretariat, in: https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/FE_Search/FE_S_S009-DP.aspx?language=E&CatalogueIdList=309384,305142,298821,293239,283468,273375,272424,263532,252748,244179&CurrentCatalogueIdIndex=1&FullTextHash=&HasEnglishRecord=True&HasFrenchRecord=True&HasSpanishRecord=True; 07.04.2025.

23 /117

Entwicklung regionaler Handelsabkommen (1948–2024)
World Trade Organization: Regional Trade Agreements (RTAs) Database, in: <https://rtais.wto.org/UI/PublicMaintainRTAHome.aspx>; 09.04.2025.

24 /118

Vetos im VN-Sicherheitsrat
United Nations. Dag Hammarskjöld Library. Veto List
in: <https://research.un.org/en/docs/sc/quick>; 09.04.2025.